

Doppelbudget 2018/2019 & die Budgetbegleitgesetze

Das Doppelbudget wird von einem Budgetbegleitgesetz flankiert, um die Richtung des Sparkurses abzusichern. Somit wird die jahrelange sozialistische Verschwendungspolitik endlich beendet und die Leistungsträger in den Mittelpunkt gestellt.

Konkret geht es darum, endlich verkrustete Systeme und Strukturen aufzubrechen!



Ziel: Einsparungen

Die Maßnahmen reichen von der Verschärfung der Altersteilzeit bis hin zu Kürzungen bei der Aktion 20.000 und beim Integrationsjahr für Flüchtlinge. Es wird durch eine Änderung im Arbeitslosenversicherungsgesetz das Zugangsalter zur Altersteilzeit in zwei Stufen um jeweils ein Jahr angehoben und damit die Altersteilzeit dem Regelpensionsalter angenähert. Ab 2020 wird das ehestmögliche Antrittsalter für Altersteilzeit für Frauen bei 55 und für Männer bei 60 liegen.

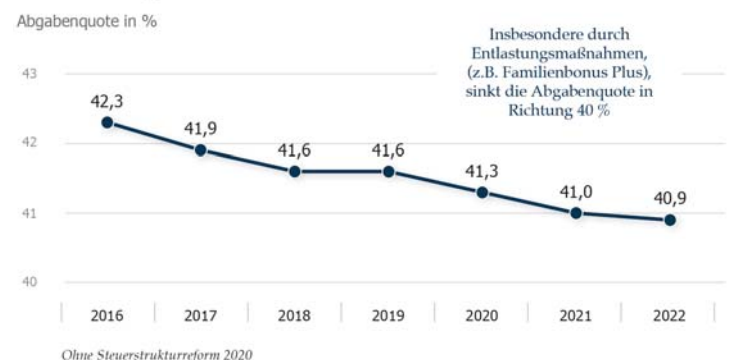
Weitere Maßnahmen betreffen u.a. die Reduktion der von den Unis an die Bundesimmobilienagentur zu zahlenden Mieten sowie eine Budgetkürzung bei der Statistik Austria. Um Kosten und Haftungsrisiken zu senken, übernimmt der Bund zudem keine Ausfallbürgschaften mehr für Kredite der Wohnbauinvestitionsbank. Der Forschungsschwerpunkt manifestiert sich in der Schaffung der Silicon Austria Labs GmbH als neues Forschungszentrum mit Sitz in Graz. Die Bundesregierung wird kräftig in die Schieneninfrastruktur investieren. Eine gesetzliche Grundlage ermöglicht es dem Ressortchef, für die Finanzjahre 2018 bis 2023 finanzielle Vorbelastungen zur Finanzierung von Betrieb, Instandhaltung, Planung und Bau von Schieneninfrastruktur im Umfang von 41,037 Mrd. € einzugehen.

Gesamtbudget in Zahlen

Langfristig weniger ausgeben als einnehmen



Entlastung





Das Budget 2018 im Überblick

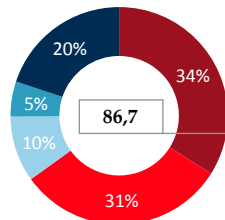
Im Jahr 2018 ist ein Nettofinanzierungssaldo von – 2,2 Mrd. € geplant. Dies erfordert neben den gesetzten budgetentlastenden Maßnahmen auch eine strenge Haushaltsführung. Das Maastricht-Ergebnis wird – 0,4% des BIP betragen. Die EU-Vorgabe des strukturellen Defizits von 0,5% wird erreicht und die Schulden sinken auf 74,5% des BIP. Das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts wird konsequent verfolgt.

Administrativer Haushalt

in Mrd. €	2016	2017	2018	2019
	Erfolg	v. Erfolg	BVA-E	BVA-E
Finanzierungshaushalt				
Einzahlungen	71,3	73,8	76,4	79,7
Auszahlungen	76,3	80,7	78,5	79,1
Nettofinanzierungssaldo	-5,0	-6,9	-2,2	0,5
Ergebnishaushalt				
Erträge	72,4	76,1	76,6	79,6
Aufwendungen	81,9	77,7	81,0	81,9
Nettoergebnis	-9,5	-1,6	-4,4	-2,3

Aufkommen der Bruttoabgaben 2018 (in Mrd. €)

- Umsatzsteuer
- Lohnsteuer
- Körperschaftsteuer
- Mineralölsteuer
- Sonstige Abgaben



Gesamteinzahlungen (Abgaben)

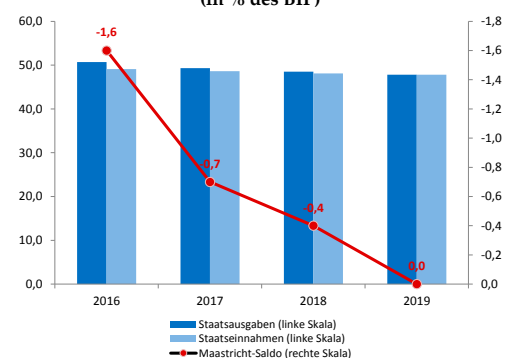
in Mrd. €	2016	2017	2018	2019
	Erfolg	v. Erfolg	BVA-E	BVA-E
Abgaben (brutto)				
Überweisungen an Länder und Gemeinden	25,4	25,8	26,0	26,8
Überweisungen an Fonds u.AÄ.	4,6	4,6	4,9	5,1
Überweisungen an EU	2,6	2,6	2,9	3,1
Abgaben (netto)	48,5	51,9	52,9	54,5
UG 25 Familien und Jugend	7,2	6,8	6,9	7,3
UG 20 Arbeit	6,5	6,8	7,3	7,6
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	2,3	2,2	2,2	2,2
Sonstige Einzahlungen	6,9	6,1	7,0	8,1
Gesamteinzahlungen	71,3	73,8	76,4	79,7

Gesamtstaatliche Eckwerte (gemäß ESGV 2010)

in % des BIP	2016	2017	2018	2019
Staatsausgaben	50,7	49,3	48,5	47,8
Staatseinnahmen	49,1	48,6	48,1	47,8
Maastricht-Saldo	-1,6	-0,7	-0,4	0,0
Bund	-1,3	-0,7	-0,5	-0,1
Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen	-0,4	0,1	0,1	0,1
Struktureller Saldo ¹⁾	-0,5	-0,1	-0,5	-0,5
Öffentliche Verschuldung	83,6	78,1	74,5	70,9

Quellen: Bis 2016: Statistik Austria (Sept. 2017); Ab 2017: BMF; Outputlücke, strukturelles Defizit 2016: EK (Herbstprognose 2017); Outputlücke ab 2017: WIFO
¹⁾ Unter Berücksichtigung der konjunkturellen Lage und nach Herausrechnung der Zusatzkosten für Flüchtlinge und Terrorbekämpfung

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben (in % des BIP)



Wirtschaftsdaten

		2016	2017	2018	2019
BIP-real	Änderung in %	1,5	2,9	3,2	2,2
BIP-nomineell	Änderung in %	2,6	4,5	4,9	4,0
Arbeitslosigkeit (national)	in %	9,1	8,5	7,7	7,3
Arbeitslosigkeit (national)	in Tsd.	357,3	340,0	312,0	297,0
Inflation	Änderung in %	0,9	2,1	1,9	1,9

Quelle: Statistik Austria, WIFO Konjunkturprognose März 2018

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen sind 2018 und 2019 sehr positiv. Es wird ein reales BIP-Wachstum von 3,2% bzw. 2,2% erwartet. Für die Arbeitslosigkeit wird ein spürbares Sinken prognostiziert. Die Inflation bewegt sich auf gleichbleibendem Niveau.

Arbeit, Soziales & Pensionen

ARBEIT: Hier wird der Großteil der Budgetmittel für den Arbeitsmarkt anfallen und zwar

2018:8,29 Mrd. Euro von insg. 8,32 Mrd. Euro
2019:..... 8,12 Mrd. Euro von insg. 8,16 Mrd. Euro

PENSIONEN: Die Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung sinken. Die Pensionsanträge werden sich weiter an das gesetzliche Pensionsalter annähern und die Mindestpensionen werden erhöht. Alleinstehende Personen mit 40 Beitragsjahren sollen 1.200 € bekommen, für Ehepaare soll die Mindestpension auf 1.500 € steigen, wenn ein Ehepartner 40 Beitragsjahre aufweist. Das Budget dafür sieht somit so aus:

2018: 9,57 Mrd. Euro
2019:10,60 Mrd. Euro

PFLEGE: Aufgrund der Demographie-Prognose der Statistik Austria trifft das Sozialbudget auch Vorsorge für einen Mehrbedarf beim Pflegegeld und bei der 24-Stunden-Betreuung. Angestrebt wird die Weiterentwicklung beim Pflegegeld, vor allem die Anhebung der Pflegestufe IV. Die Erstellung einer jährlichen Pflegedienstleistungsstatistik soll die Transparenz über das österreichweite Angebot an Pflegeleistungen sicherstellen und auch für die Hospizbetreuung und Palliativversorgung sind Mittel vorgesehen.

2018: 3,0 Mrd. Euro
2019: 3,1 Mrd. Euro

Eine Erhöhung erfolgt bei den Budgetmitteln für Menschen mit Behinderungen im Rahmen eines Inklusionspaktes. Hier steigt das Budget von 49,2 Mio. € im Vorjahr auf 90 Mio. €. Budgetiert ist auch die Entschädigung von Heimopfern. Nach 118 Mio. € im Jahr 2017 sind dafür 2018 115,7 Mio. € und für 2019 rund 110,2 Mio. € vorgesehen.



Bildung

Das Bildungsbudget fließt zu einem großen Teil in die Gehälter der rund 51.000 Beschäftigten im Bildungsbereich, der frei verfügbare Teil ist daher relativ klein, aber immerhin erfolgt eine Mehrdotierung von rund 177 Mio Euro, die vor allem für die neuen Deutschklassen zur Verfügung stehen. 35,9 Mio. € bzw. 34,7 Mio. € des Bildungsbudgets 2018 und 2019 werden für Investitionen bereitgestellt.

2018: 8,82 Mrd. Euro
2019:8,84 Mrd. Euro

Bundeskanzleramt

Aufgrund der Änderungen im Bundesministerien-gesetz, ändert sich auch die Budgetstruktur. Abgegeben wurde das Bundesverwaltungsgericht sowie Teile des Verfassungsdienstes und der Datenschutzagenden. Die Agenden des öffentlichen Dienstes wanderten in das Ressort des Vizekanzlers, der auch für den Sport zuständig ist. Der Bereich Digitalisierung ging wiederum an das Wirtschaftsressort, die Ständige Vertretung der OECD in Paris an das Außenministerium und der Bereich Raumordnung und Regionalpolitik erhielt das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus. Im Gegenzug hat das Bundeskanzleramt zentrale EU-Agenden vom Außenressort sowie Agenden der Finanzverwaltung (IT-Personalmanagement, IKT-Sicherheit und IKT-Infrastruktur) übernommen. Dazu kamen die Frauenangelegenheiten.

Als Sonderausgaben fungieren die österreichische EU-Ratspräsidentschaft mit rund 43 Mio. Euro und 2019 die EU-Wahl mit 41 Mio. Euro.

2018: 343,7 Mio. Euro
2019:311,4 Mio. Euro

Die Förderung der politischen Akademien liegt in beiden Jahren bei ca. 10,5 Mio. Euro. Gleich bleibt die Presse- und Publizistikförderung mit je 9 Mio. Euro pro Jahr. Das Kultusamt erhält jährlich 63,7 Mio. Euro und als Volksgruppenförderung nach Volksgruppen-gesetz gibt es jeweils 3,9 Mio. Euro.

Äußeres

Auch hier wurden Einsparungen eingepreist, die nicht nur auf Ressortverschiebungen zurück zu führen sind (EU zu Bundeskanzleramt, neu dazu OECD). Es gibt eine Kürzung von 5 Mio. € beim Auslandskatastrophenfonds und der Rückgang der Geldmittel für internationale Organisationen beträgt 17,3 Mio. € und auch es wird auch geringere Auszahlungen für diverse UN-Programme geben. Die Unterstützung für die ADA (Austrian Development Agency - die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit) bleibt mit 92,5 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. 2019 bekommt die Agentur mit Blick auf das langfristige Ziel Österreichs, eine ODA-Quote von 0,7 % Bruttonationaleinkommens und das sind rund 10 Mio. € mehr Mittel.

2018: **502,6 Mio. Euro**
2019: **508,4 Mio. Euro**

Familie und Jugend

Dieser Bereich macht ca. 9,2 bzw. 9,4 Prozent der Gesamtauszahlungen des Bundes aus. Allein 2018 Jahr sind um 207 Mio. € mehr vorgesehen und zwar für die Erhöhungen bei der Familienbeihilfe, beim Kinderbetreuungsgeld und den Pensionsbeiträgen für Kindererziehungszeiten. Im Jahr 2019 rechnet man mit einem Rückgang in der Höhe von 30,1 Mio. €. Fix eingeplant ist auch die Indexierung der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder; davon erwartet man sich Einsparungen von rund 114 Mio. € pro Jahr. Der Familienbonus Plus und andere Familienleistungen werden außerhalb des Familienlastenausgleichsfonds geleistet, insbesondere der Kinderabsetzbetrag und diese finden daher hier keinen Niederschlag.

Auf der Ausgabenseite stellt die Familienbeihilfe mit 3,5 Mrd. € bzw. 3,4 Mrd. € den größten Posten dar. Die Aufstockung um rund 90 Mio. € ist vor allem auf die Anfang des Jahres in Kraft getretene Erhöhung der Familienbeihilfe und des Zuschlags für erheblich behinderte Kinder um 1,9% zurückzuführen. Durch die im Frühjahr 2017 beschlossene Reform bei der einkommensunabhängigen Variante des Kinderbetreuungsgelds, die die Flexibilität der Inanspruch-

nahme erhöht, kam es bereits 2017 zu höheren Auszahlungen. 2018 ist ein weiterer Anstieg um 52 Mio. € (+4,2 %) auf 1,27 Mrd. € zu verzeichnen.

Mehr Mittel gibt es auch für die SchülerInnen- und Lehrlingsfreifahrten, was primär aber Indexanpassungen geschuldet ist. Ein deutliches Plus (64 Mio. €) ist bei den Transfers an Sozialversicherungsträger (insgesamt 1,64 Mrd. €) feststellbar. Auch die Erhöhung der Studienbeihilfe ab dem Wintersemester 2017 führt zu Mehrausgaben von jeweils 255 Mio. €, was einen Plus von 36,8% entspricht. Die Auszahlungen für Unterhaltsvorschüsse werden 2018 und 2019 weitgehend konstant mit rd. 135 Mio. € veranschlagt. Weitere Posten betreffen etwa die Zuschüsse an Familienberatungsstellen und den Beitrag an den In-vitro-Fertilisations-Fonds (IVF-Fonds).

Die Einzahlungen des Kapitels Familien und Jugend sollen im Jahr 2018 um 1,5 auf 6,92 Mrd. € ansteigen, 2019 kommt es zu einem Plus von 5,2% (7,28 Mrd. €). Die Entwicklung im Jahr 2018 wird durch die Senkung der Lohnnebenkosten gedämpft. Nach der bereits 2017 erfolgten Reduktion des Dienstgeberbeitrags zum FLAF um 0,4%-Punkte, kam es 2018 zu einer weiteren Reduktion auf nunmehr 3,9%.

2019 soll es wieder zu einem kräftigen Anstieg der Einzahlungen kommen. Im Finanzrahmen steigen die Auszahlungsobergrenzen in den darauffolgenden Jahren bis 2022 auf 8 Mrd. €, die Einzahlungen sollen auf 8,5 Mrd. € anwachsen.

2018: **7,31 Mrd. Euro**
2019: **7,28 Mrd. Euro**



Finanzen

ÖFFENTLICHE BRUTTOABGABEN: Es wird mit einem Anstieg gegenüber 2017 gerechnet. Auf Ebene der einzelnen Abgaben weisen insbesondere die Lohnsteuer, die Körperschaftsteuer, die Kapitalertragsteuern und die Umsatzsteuer eine dynamische Entwicklung auf. Durch die Verlängerung des Wohnbauförderungsbeitrags und den Rückgang bei der Abschlagszahlung zur Stabilitätsabgabe wird der Anstieg 2018 etwas abgeschwächt, ab 2019 führt zudem die geplante Einführung des Familienbonus und die bereits beschlossene Umsatzsteuersenkung auf Übernachtungen zu einem geringeren Anstieg.

2018: **86,7 Mrd. Euro**
2019: **89,5 Mrd. Euro**

BEAMTENPENSIONEN: Der Anstieg geht im Wesentlichen auf den Bereich der Pensionszahlungen für die LandeslehrerInnen und BeamtenInnen der Hoheitsverwaltung (inkl. Ausgegliederte Institutionen) zurück. In den darauffolgenden Jahren bis 2022 steigt die Auszahlungsobergrenze im Finanzrahmen deutlich, insbesondere ist im Jahr 2020 eine äußerst dynamische Auszahlungsentwicklung veranschlagt. In den Angaben zur Wirkungsorientierung ist unter anderem die Anhebung des durchschnittlichen faktischen Pensionsantrittsalters als Wirkungsziel verankert.

2018: **9,25 Mrd. Euro**
2019: **9,47 Mrd. Euro**

FINANZAUSGLEICH: Die Auszahlungen sind deutlich höher, wobei die höheren Auszahlungen zu einem erheblichen Teil auf eine neue Finanzzuweisung an Länder und Gemeinden im Ausmaß von 306 Mio. € pro Jahr zur Bedeckung von Mehraufwendungen insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales zurückzuführen sind. Die Einzahlungen steigen 2018 um 5,1 % auf 629 Mio. € und 2019 auf 655 Mio. €. Ein großer Teil der Einzahlungen entfällt auf Ertragsanteile für den Katastrophenfonds, auch der Umsatzsteueranteil für die Krankenanstaltenfinanzierung führt zu größeren Einzahlungen.

2018: **1,49 Mrd. Euro**
2019: **1,32 Mrd. Euro**

Forschung

Das BMVIT verwaltet das größte Budget für die angewandte Forschung und ist gemeinsam mit dem BMDW für die Forschungsförderung GmbH (FFG) sowie die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) zuständig. Als strategische Schwerpunkte sollen neben der Stärkung und Weiterentwicklung der Mikroelektronikindustrie die außeruniversitären und industrie- bzw. wirtschaftsorientierten Forschungseinrichtungen zu international wettbewerbsfähigen Einheiten weiterentwickelt und der Standort als F&E-Headquarter gestärkt werden - Digitalisierung, automatisiertes Fahren, Blockchain, künstlicher Intelligenz, Klima- und Energieforschung, Bioökonomie, Produktionstechnologien, Industrie 4.0, Elektromobilität und die Werkstofftechnologie.

Mit der Silicon Austria Labs GmbH soll zur Stärkung und Weiterentwicklung der Mikroelektronik vom Bund und den Ländern Kärnten, OÖ und Steiermark unter Einbeziehung der Industrie ein Forschungszentrum mit Sitz in Graz und drei Standorten in der Steiermark, Kärnten und OÖ errichtet werden. Budgetiert sind 2018 und 2019 jeweils 12,5 Mio. €. Nach fünf Jahren sollen die Silicon Austria Labs bis zu 500 MitarbeiterInnen beschäftigen.

Das Budget steigt aufgrund der Maßnahmen an:

2018: **440,5 Mio. Euro**
2019: **446,4 Mio. Euro**

Frauen und Gleichstellung

Budgetiert wurde etwas weniger als im Jahr 2017, wo mit einer Überschreitungsermächtigung ein Ergebnis von 10,65 Mio. € ermöglicht wurde.

Konkret sinken die Zuschüsse an private Institutionen von 6,13 Mio. € 2017 auf 5,52 Mio. €. Mehr an Reduktionen und Einsparungen gibt es in diesem Bereich nicht.

2018: **10,17 Mio. Euro**
2019: **10,17 Mio. Euro**

Gesundheit

Mit dem Budget soll zunächst die zwischen Bund und Ländern in einem Vertrag nach Art. 15a B-VG paktierte Finanzzielsteuerung weiterentwickelt werden und dies vor allem auf Basis des vereinbarten bundesweiten Ausgabendämpfungspfads mit Obergrenzen für die öffentlichen Gesundheitsausgaben. Geplant ist zudem die Etablierung von Primärversorgungseinrichtungen sowie die Weiterentwicklung von ELGA.

Auszahlungsschwerpunkte sind die Finanzierung der Krankenanstalten, die Beteiligung des Gesundheitsministeriums an der Basiszuwendung für die Agentur für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (AGES), die Dotierung bezüglich Zahngesundheitsfonds und Kassenstrukturfonds, der Beitrag des Ministeriums zu den Untersuchungskosten im Rahmen des Mutter-Kind-Passes, zum Kinderimpfkonzept und zur Krankenversicherung im Rahmen der Mindestsicherung sowie der Betrieb und die Weiterentwicklung von E-Health.

2018: 1,08 Mrd. Euro
2019: 1,10 Mrd. Euro

Inneres und Sicherheit

PLANSTELLEN: Das Ministerium erhält 2018 653 zusätzliche Exekutivdienst-Planstellen, wobei je 250 für einen Kompensationspool und für die Grenzraumüberwachung vorgesehen sind. Die übrigen 153 werden dem Bereich "Bekämpfung von staatsfeindlichem Extremismus" zugeordnet. Dazu kommen weitere 288 neue Planstellen für den Bereich Cybersicherheit und die Implementierung moderner Ermittlungsmethoden sowie für den Ausbildungsbereich.

2018: 2,84 Mrd. Euro
2019: 2,85 Mrd. Euro

2019 wird es ein Personalplus mit 1.230 zusätzlichen Exekutivdienst-Planstellen und 8 zusätzlichen Verwaltungsdienst-Planstellen geben, wobei 700 davon für die Ausbildung von PolizeischülerInnen benötigt werden.

SICHERHEIT: Größter Ausgabenposten bleibt der Kernbereich Sicherheit. Für den Zivildienst stehen 2018 57,94 Mio. € und 2019 59,14 Mio. € zur Verfügung. Dass für diesen Bereich weniger Mittel zur Verfügung stehen als im vergangenen Jahr, wird mit geburtschwachen Jahrgängen begründet.

2018: 2,39 Mrd. Euro
2019: 2,40 Mrd. Euro

ASYL und MIGRATION: Erstmals wird das extra dargestellt und zwar nach Aufwendungen für die Grundversorgung von Flüchtlingen, Kosten des Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) und die benötigte Infrastruktur. Es wird mit sinkenden Kosten durch den Rückgang der Asylanträge und der Zunahme von Rückführungen gerechnet. Als wichtigste Maßnahmen werden u.a. die Erarbeitung einer gesamtstaatlichen Migrationsstrategie, die beschleunigte Aberkennung des Asylstatus bei Heimatbesuchen, die konsequente Rückführung abgelehnter AsylwerberInnen und die bundeseinheitliche Neuregelung der Grundversorgung genannt. Die derzeitige Form der Rechtsberatung für Flüchtlinge bleibt vorerst gleich.

2018: 420 Mio. Euro
2019: 370 Mio. Euro

Kultur

Ein wesentlicher Teil des Budgets ist für die großen Kultureinrichtungen des Bundes vorgesehen, also Bundestheater und Bundesmuseen, die sowohl 2018 als auch 2019 ca. 291,53 Mio. € Basisförderung erhalten werden. Die Bundestheater bekommen 2018 und 2019 jeweils 163,37 Mio. €, die Bundesmuseen 128,16 Mio. €. Der Denkmalschutz wird mit 39,17 Mio. € finanziert.

Für die folgenden Jahre ergeben sich im Kulturbudget keine wesentlichen Änderungen, wie aus dem Finanzrahmen bis 2022 hervorgeht. Demnach sind für das Kunst- und Kulturbudget 2020 ca. 455,6 Mio. € vorgesehen. 2021 solle es 456,2 Mio. € und 2022 dann 456,8 Mio. Euro sein.

2018: 456,6 Mio. Euro
2019: 455,1 Mio. Euro

Konsumentenschutz

Die Mittel fließen im Wesentlichen in die Förderung des Vereins für Konsumenteninformation (VKI), des Vereins Schlichtung für Verbrauchergeschäfte, des Verbraucherrats des Austrian Standards Institutes, des Internet-Ombudsmanns, der Schuldnerhilfe ÖÖ sowie des Dachverbands der Schuldnerberatungen. Die geringeren Mittel sind darauf zurückzuführen, dass die mit der Novelle zum Kartellgesetz eingeführte Finanzierung des VKI im Wege der Bußgelder angefallen ist. Es ist allerdings eine Überschreitungs-ermächtigung in Höhe von 1,5 Mio. € vorgesehen.

2018: **4,1 Mio. Euro**
2019: **3,6 Mio. Euro**

Landwirtschaft & Tourismus

LANDWIRTSCHAFT: Der Großteil des Budgets ist durch die Regelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bestimmt. Zusätzlich werden ab 2018 auch die Förderungen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) veranschlagt. Insgesamt stehen damit 70% der budgetierten Mittel im Zusammenhang mit EU-Förderungsprogrammen. Im Rahmen der 1. Säule der GAP - es handelt sich hier um Marktordnungsausgaben - stehen im Jahresdurchschnitt rund 692,3 Mio. € zur Verfügung. Aus der 2. Säule, die die ländliche Entwicklung betrifft, fließen unter Einrechnung der Kofinanzierung von Bund und Ländern im Jahresschnitt insgesamt 1,1 Mrd. € aus öffentlichen Mitteln an Österreich, von denen 562,5 Mio. € aus Rückflüssen aus dem EU-Budget und die übrigen Mittel von Bund und Ländern bereitgestellt werden.

2018: **2,2 Mrd. Euro**
2019: **2,2 Mrd. Euro**

TOURISMUS: Es geht vor allem um die Österreich Werbung (24,1 Mio. €), die Zahlungen an die Hotel- und Tourismusbank (ÖHT) und deren Programme zur gewerblichen Tourismusförderung (21 Mio. €) sowie Auszahlungen für die Investitionszuwachsprämie für KMU und Großunternehmen (17,7 Mio. €).

Militärische Angelegenheiten

Defacto gibt es keine Kürzungen, da das Sportressort herausgerechnet wurde. Auch beim Assistenzeinsatz gibt es keine Kürzungen. Der Sold für die Grundwehrdiener wird erhöht. Sonderinvestitionen sind mit dem Finanzminister noch zu verhandeln. Der Personalaufwand liegt mit 57,1% in den Jahren 2018 und 2019 klar über der Hälfte des Gesamtaufwands. Für das Jahr 2019 sind 21.899 Planstellen vorgesehen. Dieses Ressort ist von den Vorgaben der Nichtnachbesetzung von durch Pensionierungen freiwerdenden Planstellen ausgenommen.

2018: **2,25 Mrd. Euro**
2019: **2,28 Mrd. Euro**

Öffentlicher Dienst

In den Gesamtkosten sind nicht nur die 230 MitarbeiterInnen sondern auch Projekte und Vorhaben wie die Dienstrechtsnovelle und Maßnahmen zur Korruptionsprävention enthalten. Der Personalaufwand beträgt 2018 19,1 Mio. € (2019: 19,4 Mio. €). Für die Ratspräsidentschaft Österreichs sind 1,05 Mio. € im Jahr 2018 und 1,0257 Mio. € 2019 vorgesehen.

2018: **32,90 Mio. Euro**
2019: **34,33 Mio. Euro**

Rechnungshof

Das höhere Budget ergibt sich aufgrund von Indexanpassungen bei Personal/Sachaufwand. RH-Präsidentin Kraker gab zu bedenken, dass derzeit nur rund 86% des Personalplans erfüllt sind. Der RH hat ein sehr umfassendes Portfolio - von den Kernbereichen Prüfen und Beraten bis hin zu diversen Sonderaufgaben im Rahmen der Parteienförderung od. Medientransparenz. Zusätzliche Agenden (z.B. die Kontrolle von Kommunen unter 10.000 EinwohnerInnen) sind derzeit nicht machbar.

2018: **33,54 Mio. Euro**
2019: **34,94 Mio. Euro**

Parlament & Bundespräsident

PARLAMENT:

Es wird mehr Mittel geben und zwar 26,44 Mio. € für das Jahr 2019. Davon werden 20,69 Mio. € für die Parlamentssanierung benötigt und zwar mit der Begründung der Vorziehung von Zahlungen. Die übrigen 5,75 Mio. € sind für einen Ausbau der Unterstützungsleistungen für die Abgeordneten vorgesehen. Das Informationsservice der Parlamentsdirektion soll den Abgeordneten und BundesrätInnen mehr Schulungen anbieten und Videoaufzeichnungen von den Reden der MandatarInnen auf der Parlaments-Website bereitstellen (Parlaments-TV). Zu diesem Zweck werden auch die Planstellen des Parlaments von 430 auf 450 erhöht, wobei 11 davon den Klubs - je eine pro Klub plus je zwei weitere für die drei im Bundesrat vertretenen Fraktionen - zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen die Klubs zusätzliche finanzielle Mittel für die anstehenden Untersuchungsausschüsse - jeder Klub den gleichen Betrag - bekommen.

Zu Buche schlagen sich heuer ebenfalls die Sanierung des Parlamentsgebäudes. Darüber hinaus steigt auch der Aufwand für die Parlamentsverwaltung. Das liegt unter anderem am Gedenkjahr 2018, an der EU-Ratspräsidentschaft und an der Weiterentwicklung digitaler Arbeitsmethoden.

Die Klubförderung, gemeinsame Ausgaben für MandatarInnen eingerechnet, beträgt 24,1 Mio. € (2018) bzw. 23,72 Mio. € (2019).

2018: 227,31 Mio. Euro
2019:288,42 Mio. Euro

PRÄSIDENTSCHAFTSKANZLEI:

Bis 2022 soll die Auszahlungsobergrenze weiter auf 8,9 Mio. € sinken. Das Budget entwickelt sich auch deshalb unterschiedlich, weil es im Jahr 2016 zu einer längeren Vakanz kam. Während dieser Zeit führte das Nationalratspräsidium die Amtsgeschäfte des Bundespräsidenten.

2018: 9,5 Mio. Euro
2019:9,4 Mio. Euro

Sport

Das Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (BMöDS) wurde im Zuge der Regierungsbildung im letzten Herbst neu gegründet. Im Einzelnen sieht das Sportbudget 2018 als auch 2019 für die Allgemeine Sportförderung rund 40 Mio. € vor, wovon diverse Sportgroßveranstaltungen oder die tägliche Turnstunde in Volksschulen und Kindergärten finanziert werden sollen. Der größte Budgetposten beim Sport sind die besonderen Sportförderungen mit 80 Mio. € für die nächsten beiden Jahre, die 2017 gleichermaßen zu Buche geschlagen sind. Für Sportgroßprojekte ist 2018 und 2019 wie in den Jahren davor ein Erinnerungsbeitrag von 4.000 € ausgewiesen. Für die neue Bundessporteinrichtungen GmbH sind jeweils 6,50 Mio. € budgetiert.

2018: 128,66 Mio. Euro
2019:129,95 Mio. Euro

Umwelt, Energie & Klima

Die Steigerung erklärt das Nachhaltigkeitsministerium mit der Übertragung der Agenden für Energie und Bergbau aufgrund des novellierten Bundesministeriengesetzes. Als wesentliche Positionen der Mittelverwendung nennt der Budgetplan 2018 die Umweltförderung im Inland mit 103,32 Mio. € (2019: 102,43 Mio. €), den Klima- und Energiefonds mit 37,4 Mio. € (2019: 37,3 Mio. €), die Altlastensanierung mit 57 Mio. € (2019: 57 Mio. €) und die Siedlungswasserwirtschaft mit 346,13 Mio. € (2019: 341,41 Mio. €). Für den Ankauf von Emissionszertifikaten werden seit 2015 keine Beträge mehr eingeplant, jedoch erwartet.

Wie die Ministerin im Ausschuss bekräftigte, ist die Finanzierung der unter dem Titel "#mission2030" präsentierte Klima- und Energiestrategie im Budget gesichert. Im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele kritisiert die Opposition die geringer werdenden Mittel im Finanzrahmen bis 2022.

2018: 626,9 Mio. Euro
2019:623,2 Mio. Euro

Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz

PERSONAL: 2018/2019 werden keine Stellen von RichterInnen und StaatsanwältInnen eingespart. Für das Bundesverwaltungsgericht besteht die Möglichkeit des Einsatzes von Leiharbeitskräften beim Verwaltungspersonal, wenn im Jahr 2019 befristete Stellen für Asylverfahren nicht mehr nachbesetzt werden. Die für 2018 geplanten Auszahlungen übersteigen den vorläufigen Erfolg für das Ressort im Jahr 2017 (1,51 Mrd. €) deutlich. Das ist auch auf die Eingliederung des Verfassungsdiensts, der Datenschutzagenden und des Bundesverwaltungsgerichts zurückzuführen. Im Jahr 2018 soll die Zahl um insgesamt 54 Planstellen auf 12.076 weiter steigen und dann 2019 wieder um 11.900 Planstellen verringern. Im Jahr 2018 sind beispielsweise 100 zusätzliche Ausbildungsplanstellen im Bereich Justizanstalten und jeweils fünf in der Stabsstelle des Ministeriums und in der Datenschutzbehörde geplant. Bei den Gerichten sollen jedoch 80 Planstellen 2018 und 136 weitere 2019 wegfallen, vorrangig durch Einhaltung des vorgegebenen Einsparungspfades. 2019 ist zudem beim Bundesverwaltungsgericht eine Reduktion von 40 Planstellen vorgesehen.

RECHTSSPRECHUNG: Von rund 5.800 Rechtsvorschriften, die von den einzelnen Ministerien genannt wurden, könnten rund 2.500 außer Kraft treten. Zudem läuft ein Projekt der Überprüfung, wo eine etwaige Übererfüllung von EU-Recht - Stichwort Gold Plating - nicht mehr notwendig ist. Hinsichtlich der Kompetenzbereinigung laufen Gespräche mit den Ländern. Im Bereich Rechtsprechung übersteigen die Einnahmen deutlich die Auszahlungen. Den Justizbudget-Auszahlungen (2018: 1,58 Mrd.€, 2019: 1,6 Mrd. €) stehen laut Budgetentwurf Einzahlungen von 1,26 Mrd. € im Jahr 2018 und von 1,31 Mrd. € im Jahr 2019 gegenüber. Der Großteil der Einzahlungen kommt aus der Rechtsprechung mit 1,2 Mrd. € im Zeitraum 2018 (2019: 1,25 Mrd. €). Für den Strafvollzug sind im Jahr 2018 496,1 Mio. € (2019: 517,9 Mio. €), für Steuerung und Services 112,7 Mio. € Im Gesamtergebnis des veranschlagten Justizbudgets verbleibt 2018 ein Abgang von 313 Mio. €, im Jahr 2019 sollen es 287 Mio. € sein.

Verfassungs-, und Verwaltungsgeschichtshof

Die beiden Höchstgerichte - Verfassungsgerichtshof (VfGH) und Verwaltungsgeschichtshof (VwGH) - erhalten mehr Geld aufgrund der erhöhten Verfahrenszahl. Trotz des großen Arbeitsanfalls konnten beide Institutionen die Verfahrensdauer senken.

Betrug die Verfahrensdauer im VfGH in den Jahren 2013 bis 2015 durchschnittlich noch 180 Tage, liegt man derzeit bei einem Istzustand von 143 Tagen, womit das Ziel von 200 Tagen weit unterschritten werden konnte. Die Asylrechtsangelegenheiten konnten sogar in einer erheblich kürzeren Dauer von durchschnittlich 78 Tagen erledigt werden. Im VwGH dauern die Verfahren durchschnittlich 6,9 Monate (2015 noch 8,9 Monate), bei Asylfragen liegt die Erledigungsdauer mittlerweile bei eineinhalb Monaten.

Nicht gerechnet hat man mit der hohen Zahl der verfassungsgerichtlichen Normenbeschwerden bzw. der Gesetzesbeschwerden. Damit haben ordentliche Gerichte die Möglichkeit, Gesetze wegen Verfassungswidrigkeit beim VfGH anzufechten. Auch den Parteien eines Verfahrens steht es nun offen, mittels einer Gesetzesbeschwerde Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit der im betreffenden Verfahren anzuwendenden Rechtsvorschriften an den VfGH heranzutragen. Ursprünglich ist man von 150 Fällen im Jahr ausgegangen, tatsächlich waren es aber 2015 immerhin 319, im Jahr darauf 283 und 2017 noch immer 159. Insgesamt hatte der VfGH im Vorjahr neu 535 Gesetzes- und Verordnungsprüfungen zu behandeln.

Verfassungsgerichtshof : 102 Planstellen

2018: 15,9 Mio. Euro
2019:16,0 Mio. Euro

Verwaltungsgeschichtshof: 203 Planstellen (69 Richter)

2018: 20,4 Mio. Euro
2019: 20,9 Mio. Euro

Volksanwaltschaft

Die Volksanwaltschaft muss in den nächsten Jahren mit weniger Budgetmitteln auskommen. Für die Rentenkommission zur Entschädigung von Heimopfern, die seit Juli 2017 bei der Volksanwaltschaft angesiedelt ist, sind im Bundesfinanzrahmen bis 2022 nur für 2018 und 2019 zusätzliche Mittel vorgesehen. 2018 soll zudem eine Planstelle (78) eingespart, bis 2022 sollen weitere drei Stellen (75) gestrichen werden.

2018: **11,48 Mio. Euro**

2019: **11,36 Mio. Euro**

Verkehr

Die Auszahlungsschwerpunkte des Verkehrsministeriums im Bereich Infrastruktur bilden die mehrjährigen Investitionsprogramme für Schiene (ÖBB und Privatbahnen) und Straße (ASFINAG). Erklärtes Ziel von BM Hofer ist dabei die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger und einer nachhaltigen Mobilität, wobei dem Ausbau der Schiene und dem öffentlichen Verkehr zur nachhaltigen Bewältigung des Verkehrsaufkommens besondere Bedeutung beigemessen wird.

Zur Steigerung der Verkehrssicherheit sind Kampagnen zu den Themen Ablenkung am Steuer sowie Fahren unter Drogeneinfluss geplant. Auch sollen umfangreiche Sicherheitsuntersuchungen und intensive LKW-Kontrollen zu sicheren Straßen beitragen. Die Sicherung von Eisenbahnkreuzungen wird fortgeführt.

Ein Schwerpunkt des Ressorts liegt zudem bei der Versorgung mit gesichertem Breitbandzugang für Unternehmen und private Haushalte. Geplant ist auch, die Mittel der nächsten Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen weiter in den Breitbandausbau zu stecken. Demnächst wird laut Auskunft des Ressortchefs der Ministerrat einen Beschluss zur 5G-Strategie fassen.

2018: **3,82 Mrd. Euro**

2019: **4,00 Mrd. Euro**

Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft und Forschung können sich über eine deutliche Steigerung der Budgetmittel freuen. Damit sollen u.a bis zu 500 neue Stellen für ProfessorInnen geschaffen werden. Mehr Geld gibt es auch für die Fachhochschulen (7,2 Mio. € und 13,8 Mio. €), die Österreichische Akademie der Wissenschaften sowie für die Einrichtung von akademischen Start-ups.

Die Reduktion der Plätze bei den StudienanfängerInnen um 20.000 sollen durch Bewerbung jener Studienrichtungen, bei denen es kein Zugangsmanagement gibt, sowie durch eine Reduktion der Dropout-Raten kompensiert werden. Aufgestockt werden die Mittel für die Studienbeihilfe. Ziel ist eine gute soziale Durchmischung. Die Grundlage dafür liefert die "Nationale Strategie zur sozialen Dimension der Hochschulbildung". Dazu gibt es bereits eine Reihe von Maßnahmen (Informationsarbeit an Schulen, einer Stärkung der Studienberatung bis hin zu inneruniversitären Projekten wie "Studieren Probieren", Mentoring-Programmen). Es wird der Fokus auf die Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit gelegt, um etwa mehr Mädchen für MINT-Fächer zu begeistern.

Was die Fachhochschulen betrifft, so wurden im letzten Jahr 450 zusätzliche Plätze beschlossen, die ab 2018/2019 in die Umsetzung kommen. Neu verhandelt wird auch über den Entwicklungs- und Finanzierungsplan für die Fachhochschulen ab 2019.

Die Budgetmittel für den Wissenschaftsfonds (FWF) steigen 2019 deutlich, 2018 soll der FWF zusätzlich weitere Mittel aus der FTE-Nationalstiftung erhalten. Für die Österreichische Akademie der Wissenschaften sind von 2018 bis 2020 insgesamt 30 Mio. € veranschlagt, zusätzlich gibt es noch 30 Mio. € für den Bau des Campus in der Postgasse. Ein Leuchtturmprojekt der österreichischen Forschungslandschaft ist laut Bildungsminister das Institute of Science and Technology Austria (IST Austria), das im Zeitraum 2007 bis 2026 insgesamt 1,3 Mrd. € vom Bund erhalten wird.

2018: **4,46 Mrd. Euro**

2019: **4,78 Mrd. Euro**

Wirtschaft

Die Forcierung der Digitalisierung ist eines der wesentlichen Anliegen in diesem Bereich. Vor allem sollen die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die "digitale Fitness" für alle Altersgruppen und die Serviceleistungen der Behörden im Mittelpunkt entsprechender Projekte stehen.

Schwerpunkte sind zudem die Kooperation Wissenschaft - Forschung, Start-Ups und der Technologietransfer. Es geht auch darum, die Unternehmen von der übermäßiger Bürokratie zu befreien.

Im Budgetprovisorium der Vorgängeregierung waren für 2018 nur 317,6 Mio. € vorgesehen. **Unsere Regierung hat gerade den Bereich der Wirtschaft enorm aufgewertet und das Budget fast verdoppelt! Dieser deutliche Anstieg ist nicht allein die Folge der Übernahme neuer Agenden, etwa der Digitalisierung, oder der längerfristig budgetierten Wirtschaftsförderungsprogramme, sondern er steht dafür, welchen Stellenwert die Wirtschaft in den nächsten Jahren einnehmen soll.**

In einem ordentlichen Haushalt gibt es aber auch immer wieder Bereiche, wo man Kosten senken kann. In der Verwaltung werden je 2,7 Mio. € eingespart. Bei den Förderungen betragen die Einsparungen jährlich 2,35 Mio. €. Durch die Senkung der BIG-Mieten erspart sich der Bund 0,4 Mio. €. Wesentliche Einsparungen erwartet man sich auch durch den Einzug der Digitalisierung in den öffentlichen Bereich. So sollen IT-Projekte Verwaltungsabläufe erleichtern und kostengünstiger gestalten.

Wesentliche Auswirkungen auf das Wirtschaftsbudget hat auch der Beschäftigungsbonus. Anträge aufgrund dieser Fördermaßnahme, die von der neuen Bundesregierung aufgrund der guten Wirtschaftslage gestoppt wurde, wurden noch bis 31. 1. 2018 angenommen.

In den Budgets für 2018 und 2019 sind dafür nun Auszahlungen von 269,1 Mio. € bzw. 326,7 Mio. € vorgesehen, für 2020 und 2021 sind aus diesem Titel Auszahlungen von 331,8 Mio. € bzw. 65 Mio. € geplant.



Für die KMU-Investitionszuwachsprämie - auch sie wurde sistiert - sind für 2018 und 2019 29,4 Mio. € bzw. 3,6 Mio. € veranschlagt.

Die ursprünglich nur für das Jahr 2017 konzipierte Investitionszuwachsprämie für Großunternehmen führt 2018 und 2019 noch zu Auszahlungen von 19,1 Mio. € bzw. 37,5 Mio. €. Anträge auf Förderung von Lohnnebenkosten, die noch bis 31.12.2017 gestellt werden konnten, schlagen sich 2018 und 2019 mit Auszahlungen von 3,9 Mio. € bzw. 3,3 Mio. € zu Buche. Die Risikokapitalprämie schließlich, die mit Ende 2017 ebenfalls eingestellt wurde, wirkt im Budget 2018 noch mit Auszahlungen in der Höhe von 2 Mio. € nach.

Wie Ministerin im Ausschuss bekräftigte, ist die Finanzierung der unter dem Titel "#mission2030" präsentierte Klima- und Energiestrategie im Budget gesichert.

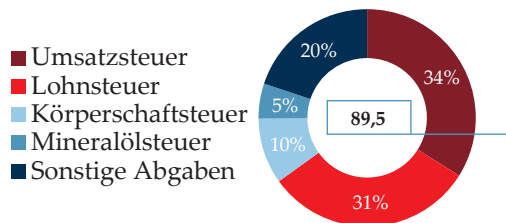
2018: 621,1 Mio. Euro
2019: 660,9 Mio. Euro



Das Budget 2019 im Überblick

2019 schaffen wir erstmals seit 1954 einen ausgeglichenen Haushalt. Dies erfordert neben den gesetzten budgetentlastenden Maßnahmen eine strenge Haushaltsführung. Der Überschuss ist mit rd. 500 Mio. € budgetiert. Das Maastricht-Ergebnis wird 0,0% des BIP betragen. Die EU-Vorgabe des strukturellen Defizits von 0,5% wird erreicht und die Schulden sinken weiter auf 70,9% des BIP. Das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts ist damit erreicht.

Aufkommen der Bruttoabgaben 2019 (in Mrd. €)



Administrativer Haushalt

in Mrd. €	2016	2017	2018	2019
	Erfolg	v. Erfolg	BVA-E	BVA-E
Finanzierungshaushalt				
Einzahlungen	71,3	73,8	76,4	79,7
Auszahlungen	76,3	80,7	78,5	79,1
Nettofinanzierungssaldo	-5,0	-6,9	-2,2	0,5
Ergebnishaushalt				
Erträge	72,4	76,1	76,6	79,6
Aufwendungen	81,9	77,7	81,0	81,9
Nettoergebnis	-9,5	-1,6	-4,4	-2,3

Gesamteinzahlungen (Abgaben)

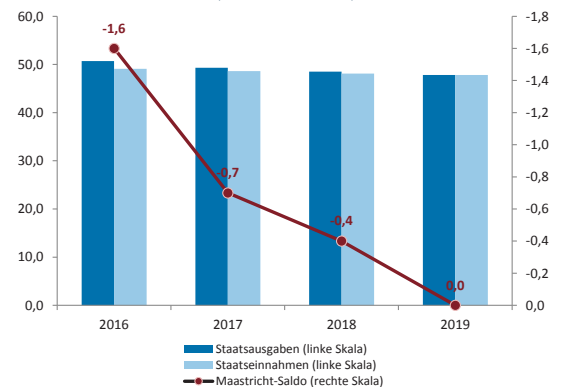
in Mrd. €	2016	2017	2018	2019
	Erfolg	v. Erfolg	BVA-E	BVA-E
Abgaben (brutto)				
Überweisungen an Länder und Gemeinden	25,4	25,8	26,0	26,8
Überweisungen an Fonds u.AÄ.	4,6	4,6	4,9	5,1
Überweisungen an EU	2,6	2,6	2,9	3,1
Abgaben (netto)	48,5	51,9	52,9	54,5
UG 25 Familien und Jugend	7,2	6,8	6,9	7,3
UG 20 Arbeit	6,5	6,8	7,3	7,6
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	2,3	2,2	2,2	2,2
Sonstige Einzahlungen	6,9	6,1	7,0	8,1
Gesamteinzahlungen	71,3	73,8	76,4	79,7

Gesamtstaatliche Eckwerte (gemäß ESVG 2010)

in % des BIP	2016	2017	2018	2019
Staatsausgaben	50,7	49,3	48,5	47,8
Staatseinnahmen	49,1	48,6	48,1	47,8
Maastricht-Saldo	-1,6	-0,7	-0,4	0,0
Bund	-1,3	-0,7	-0,5	-0,1
Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen	-0,4	0,1	0,1	0,1
Struktureller Saldo ¹⁾	-0,5	-0,1	-0,5	-0,5
Öffentliche Verschuldung	83,6	78,1	74,5	70,9

Quellen: Bis 2016: Statistik Austria (Sept. 2017); Ab 2017: BMF; Outputlücke, strukturelles Defizit 2016: EK (Herbstprognose 2017); Outputlücke ab 2017: WIFO
¹⁾ Unter Berücksichtigung der konjunkturellen Lage und nach Heranzurechnung der Zusatzkosten für Flüchtlinge und Terrorbekämpfung

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben (in % des BIP)



Wirtschaftsdaten

		2016	2017	2018	2019
BIP-real	Änderung in %	1,5	2,9	3,2	2,2
BIP-nomineII	Änderung in %	2,6	4,5	4,9	4,0
Arbeitslosigkeit (national)	in %	9,1	8,5	7,7	7,3
Arbeitslosigkeit (national)	in Tsd.	357,3	340,0	312,0	297,0
Inflation	Änderung in %	0,9	2,1	1,9	1,9

Quelle: Statistik Austria, WIFO Konjunkturprognose März 2018

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen sind 2018 und 2019 sehr positiv. Es wird ein reales BIP-Wachstum von 3,2% bzw. 2,2% erwartet. Für die Arbeitslosigkeit wird ein spürbares Sinken prognostiziert. Die Inflation bewegt sich auf gleichbleibendem Niveau.